

Kommentar

# Die Ärztelöhne sind Symptom, nicht Ursache

Gewisse Fachärzte verdienen störend viel. Aber das ist nicht der Grund des Kostenproblems.

Gesundheitsminister Alain Berset und die Ärzte liegen im Dauerclinch. Viele Mediziner fühlen sich von ihm als Abzocker in Weiss gebrandmarkt. Gestern legte das Bundesamt für Gesundheit nach, mit einer Studie zu den Ärztelöhnen. Diese seien «bedeutend höher» als vermutet, der Mittelwert betrage 257'000 Franken. Prominent hielt das Amt fest, es gebe Fachgebiete mit Medianeinkommen über 600'000 Franken. Über solche Löhne lässt sich ewig streiten, zumal in einem Bereich, den die Allgemeinheit über Prämien und Steuern finanziert. Doch genau hier hapert es: Die Studie zeigt nicht, welcher Teil der Einkom-

**Das ganze System ist auf Maximalversorgung ausgelegt, und alle fahren gut damit – bis auf die Prämienzahler.**

men auf die Grundversicherung entfällt und welchen Teil die Ärzte über freiwillige Zusatzversicherungen verdienen. Die amtlich versprochene Transparenz bleibt Stückwerk.

Dafür bestätigen die neuen Zahlen eine alte Diagnose: Die Lohnunterschiede je nach Fachrichtung – von der Neurochirurgie bis zur Kinderpsychiatrie – sind enorm. Allerdings sollte man keine voreiligen Schlüsse ziehen. Selbst wenn es gelingen würde, gezielt die Einkommen der «Top 3»-Disziplinen (Neurochirurgie, Gastroenterologie, Onkologie) zu kürzen, wäre die Wirkung klein. Diese

Spezialisten sind schlicht zu selten. Will heissen: Es ist zwar wichtig, dass die Branche endlich die Bezüge in übermässig dotierten Disziplinen eindämmt, man darf sich davon aber nicht die grosse Rettung versprechen.

Denn das Problem – das unkontrollierte Kostenwachstum – gründet tiefer. Die Ärztelöhne sind nicht die Ursache, sondern ein Symptom. Das ganze System ist auf Maximalversorgung ausgelegt. Alle fahren gut damit: Ärzte, Pharma, Spitäler, Krankenkassen, Patienten (sieht man von den Gefahren einer Überversorgung ab). Das Nachsehen haben die Prämien-

und Steuerzahler. Sie mucken irgendwann auf, wenn die Prämien weiterhin stärker steigen als die Löhne. Es wäre beruhigend, Politik und Branche bekämen die Kosten vorher in den Griff. Ansatzpunkte gibt es viele, Spitaldichte, Zulassung von Spezialärzten oder Medikamentenpreise sind einige Beispiele. Lieber ein geplanter Eingriff als eine riskante Notfalloperation.



Fabian Schäfer  
Bundeshausaedredaktor

Kolumne

## Cum Sex

Ein Paar sitzt in einem edlen Restaurant.

**Mann:** Mein Schatz.  
**Frau:** Was?  
**Mann:** Ich muss mit dir reden.  
**Frau:** Dann red lieber, ich verstehe dich kaum.  
**Mann:** Es geht um dieses Cum-Ex.  
**Frau:** Um Sex?  
**Mann:** Cum-Ex.  
**Frau:** Mit deiner Ex?  
**Mann:** Nein, Cum-Ex, Gesetzeslücke, Steuergeschäfte und so!  
**Frau:** Ach, Cum-Ex!  
**Mann:** Pssst!  
**Frau:** Was ist?  
**Mann:** Nichts.  
**Frau:** Warum flüstern wir dann?  
**Mann:** Hast du es mitbekommen?  
**Frau:** Natürlich, das war überall. Da zahlt man einen Haufen Steuern für die Gesellschaft, und dann wird es von ein paar Kriminellen geklaut.  
**Mann:** Das sind keine Kriminellen.  
**Frau:** Salmonellen?  
**Mann:** Wir sind keine Kriminellen!  
**Frau:** Wir?  
**Mann:** –  
**Frau:** Ich habe dich wieder falsch verstanden, oder?  
**Mann:** Darüber versuch ich doch die ganze Zeit mit dir reden. Ich will, dass du Bescheid weisst, bevor die Staatsanwaltschaft bei uns auftaucht...  
**Frau:** Du warst bei diesen Geschäften dabei?  
**Mann:** Cum-Ex ist nicht verboten.  
**Frau:** Aber auch nicht erlaubt.  
**Mann:** Erlaubt ist, was nicht verboten ist.  
**Frau:** Aber du hast das Gesetz missbraucht.  
**Mann:** Aber nicht gebrochen.  
**Frau:** Warum flüsterst du dann?  
**Mann:** Ich...



Laura de Weck  
Die Autorin Laura de Weck schreibt abwechselnd mit Barbara Bleisch, Michael Hermann und Rudolf Strahm.

**Frau:** Es ist doch völlig logisch, dass es nicht erlaubt ist, sich Steuern zurückzahlen zu lassen, die man nie bezahlt hat.  
**Mann:** Es ist komplizierter.  
**Frau:** Das ist nicht kompliziert. Die Steuer ist ja per Definition etwas, das für das Gemeinwesen da ist und nicht für wenige Reiche.  
**Mann:** Was ist denn los? Du hast dich doch über das neue Haus und das Auto gefreut!  
**Frau:** Oh Gott! Wenn unsere Freunde, die Familie, die Nachbarn erfahren, dass wir unser neues Haus mit ihren Steuergeldern gekauft haben, drehen die uns den Hals um.  
**Mann:** Nein, Steuerhinterziehung ist gesellschaftlich total akzeptiert.  
**Frau:** Du hast unsere Steuern aber nicht hinterzogen, sondern die von anderen geklaut.  
**Mann:** Die Menschen haben dafür

Verständnis, glaub mir. Das Bankgeheimnis wird mit allen Mitteln verteidigt. Der Nationalrat will Banken erlauben, ausländische Bussen von den inländischen Steuern abzuziehen. Das Volk befürwortet die Observierung von Sozialversicherungsbeitrügern, aber ein Gesetz zur Überwachung der Steuerbetrüger würden sie haushoch ablehnen. Wir Cum-Exler werden von allen Seiten geschützt. Von der Regierung, von der Gesellschaft. Wir sind safe, es kann uns nichts passieren.

**Frau:** Aber warum kommt dann die Staatsanwaltschaft, wenn der Staat uns schützt?  
**Mann:** Das macht der Staat nur pro forma. Und wir haben sowieso die besten Juristen.  
**Frau:** Nudisten?  
**Mann:** Juristen! Versteh doch. Nicht ich, sondern der Staat nimmt den Leuten ihr gut verdientes Geld weg! Sieh doch, was mit den Steuern passiert. Kriminelle Asylanter werden beerbergt, riesige Summen werden an zweifelhafte Heilpädagogogen verschleudert. Das Steuergeld ist bei uns beiden viel besser aufgehoben, mein Goldhase, als in irgendeinem nutzlosen Gemeindehaus. Komm, mein Goldschatz, jetzt bestehe ich uns einen schönen Bordeaux.  
**Frau:** Porno?  
**Mann:** Bordeaux!  
**Frau:** Dann sprich endlich normal!  
**Mann:** Goldschatz, wir beruhigen uns jetzt, geniessen das Roastbeef und dann unseren Opern-Abend. Alles wird gut.

**Frau:** Aber, die Oper und das Roastbeef-Rind? Werden die nicht auch mit Steuergeld subventioniert?

## Der Frust und der Mief der Überwacher

**Gastbeitrag** Wo das wahre Problem des Überwachungsgesetzes liegt.

Martin Suter\*

Was mich damals, als die Fichenaffäre aufflug, am meisten schockierte, war nicht die Tatsache, dass der Staat seine Bürger bespitzeln liess. Es war die Attitüde der Spitzel. Wer die Fichen aus jener Zeit las, stiess immer wieder auf persönliche Kommentare der Detektive, die die Überwachungsaufräge durchführten. Sie waren völlig Zynismus und Hohn. Als eine meiner Verwandten ein Kind bekam, schrieb ihr Überwacher: «X hat ein Kind bekommen. Armes Kind.»

Von dieser Verächtlichkeit werden auch die Überwachungsprotokolle der Sozialdetektive durchdrungen sein, wenn das Überwachungsgesetz durchkommt. Es mag ja sein, dass es Gründe geben kann, Leute zu beobachten, die man verdächtigt, die Sozialversicherungen zu betrügen. Aber die Frage ist immer, wie man dies tut. Wer das Recht hat, in unsere Privatsphäre einzudringen, sollte uns eigentlich in jeder Beziehung überlegen sein: unvoreingenommen, souverän, klug, gerecht, respektgebietend, hochprofessionell. Ich glaube nicht,

dass Sozialdetektive heute diese Kriterien besser erfüllen, als es die Detektive von damals taten. Es werden womöglich noch schlechter ausgebildete, noch schlechter bezahlte und mit ihrem Leben noch unzufriedenere Leute sein als die, die damals die Fichen mit ihrem Mief, ihrem Frust und ihrer Boshaftigkeit vergifteten.

Ich sehe keine andere Möglichkeit, sie uns vom Leib zu halten, als mit einem Nein zum Überwachungsgesetz.

\* Martin Suter ist Autor in Zürich.

# Eine Insel für Verhaltensauffällige

**Schule** Der Zürcher Lehrerverband fordert in einem neuen Positionspapier, Schulinseln für verhaltensauffällige Kinder flächendeckend einzuführen. In anderen Kantonen sehen sich die Behörden mit ähnlichen Forderungen konfrontiert.

Raphaela Birrer

Wer die Insel sucht, muss der Palme und der Sonne folgen. Doch abgesehen von der Bastelarbeit an der Eingangstüre hat die Schulinsel im Stadtzürcher Schulhaus Luchswiesen nichts mit Ferien gemein. Hierhin, in die ehemalige Hauswirtswohnung, kommen Schüler, die eine Pause vom Unterricht brauchen. Die das Geschehen im Klassenzimmer stark stören. Oder die Konflikte mit anderen Kindern haben.

Am frühen Montagmorgen ist es noch ruhig in der Schulinsel. Eine Zweitklässlerin klingelt an der Türe. Ihre Klassenlehrerin hat sie geschickt. Sie hat Kopfschmerzen und legt sich auf das Sofa in der Ecke des Arbeitszimmers. Nach der Pause wird dann eine Viertklässlerin während zweier Lektionen am aktuellen Schulstoff arbeiten. Sie besucht die Insel seit ein paar Wochen regelmässig, weil ihr Verhalten eine Vollzeitteilnahme am Unterricht erschwert. Für den Nachmittag sind acht Oberstufenschüler im Insel-Plan eingetragen. Sie werden im Gruppenraum für die Gymi-Prüfung büffeln.

**Eine Folge der Integration**

Neben diesen fixen Terminen kann es jederzeit spontan klingeln an der Tür, denn die Schulinsel ist ein kurzfristiges, flexibles Angebot für das ganze Schulhaus. Schüler, die aus unterschiedlichen Gründen zu viel Aufmerksamkeiten von der Klassenlehrperson beanspruchen, finden hier eine beruhigende Umgebung, ein offenes Ohr, eine enge Betreuung. Ausser an zwei Nachmittagen ist in der Schulinsel stets eine ausgebildete Lehrerin präsent. Bis zu zehn Kinder kann sie gleichzeitig betreuen. Die Kosten sind tiefer als jene einer Vollzeitstelle, weil die Vor- und Nachbereitungszeit wegfällt. Entstanden ist das Angebot im Zuge der integrativen Schullung, wie Luchswiesen-Schulleiter Christoph Jäggl sagt. Dieser Systemwechsel fordert die Schulen schweizweit heraus: Seit zehn Jahren sind sie gesetzlich verpflichtet, einstige Kleinklassen- und Sonderschüler in die Regelklassen zu integrieren.



In der Schulinsel finden die Schüler eine beruhigende Umgebung, ein offenes Ohr. Foto: Sabine Bobst

## Häufig reichen kurzzeitige Interventionen dazu, die Situation zu deeskalieren.

«Insbesondere verhaltensauffällige Kinder, die sich nicht lange auf den Unterricht einlassen können, erschweren seither die Arbeit im Klassenzimmer», sagt Jäggl. Er hat deshalb vor vier Jahren die Schulinsel eingeführt – als Chance für die betroffenen Schüler, aber auch als Entlastung für die Lehrer und die restliche Klasse. Schweizweit haben erst vereinzelt Schulhäuser ein vergleichbares Angebot etabliert, bekannte Beispiele gibt es etwa in Sarnen OW, Menzingen ZG oder Chur GR.

Geht es nach dem Zürcher Lehrerverband (ZLV), soll es bald an jeder Zürcher Schule eine solche Insel geben. In einem neuen Positionspapier fordert er, dass «alle Schulen über ein niederschwelliges Angebot für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten verfügen müssen». Für dessen Betrieb müsse der Kanton an jeder Schule zusätzliche Vollzeitstellen zur Verfügung stellen. «Der Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern kann in der integrierten Schule ganze Klassen und Lehrpersonen an die Grenzen bringen», sagt ZLV-Präsident Christian Hugi. Häufig reichen kurzzeitige Interventionen dazu, die Situation zu deeskalieren. Dafür sei die Schulinsel «bestens geeignet», so Hugi.

Der Lehrerdachverband LCH erhebt die ZLV-Forderung deshalb auch für die ganze Schweiz. «Die Erfahrung zeigt, dass Schul-

inseln als eines der niederschwelligen Angebote für Verhaltensauffällige die Lehrpersonen entlasten», sagt Beat A. Schwendemann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle. Wichtig sei, dass der Insel-Besuch eine temporäre Massnahme bleibe.

**«Burn-outs reduzieren»**

Das ist auch im Sinne der Lehrerverbände anderer Kantone: In Basel-Stadt etwa hat die freiwillige Schulsynode einen Forderungskatalog zur integrativen Schule zuhanden der Regierung verabschiedet. Darin fordert der Berufsverband «eine institutionalisierte und niederschwellige «Time-out-Lösung» an jedem Schulstandort», wenn integrativer Unterricht wegen Verhaltensauffälligkeiten nicht mehr leistbar sei. «Die Basler Schulen kämpfen mit ungelösten Problemen der Integration. Mit solchen

Angeboten könnten die Burn-outs in der Lehrerschaft reduziert werden», sagt Präsident Jean-Michel Héritier.

Auch im Kanton Bern gestalten sich die Integration verhaltensauffälliger schwierig, wie Franziska Schwab vom Lehrerverband Bildung Bern sagt. «Häufig fehlen die Ressourcen dafür, sie adäquat zu betreuen.» Schulinseln seien in Bern noch nicht verbreitet, aber sie eigneten sich dafür, Konflikte rasch zu entschärfen. Statt einer flächen-deckenden Einführung plädiert Schwab für eine Neuverteilung der Ressourcen: Heute erhalten einzelne Schüler Förderaktionen mit Heilpädagogogen zugesprochen – sinnvoller sei es, diese Unterstützung im Schulhaus zu bündeln und je nach Bedarf auf die Klassen zu verteilen.

Die kantonalen Behörden reagieren verhalten auf die Offen-

sive. «Dass Schulinseln deeskalierend wirken können, ist unbestritten», sagt Marion Völger. Für die Leiterin des Zürcher Volksschulamtes sprechen jedoch mehrere Gründe gegen eine flächendeckende Einführung: Das Konzept sei zu unscharf definiert, die Gemeinden und deren Bedürfnisse seien zu heterogen, und die gesetzliche Grundlage für eine kantonale Finanzierung des Angebots fehle.

Dieter Baur, Leiter Volksschulen des Kantons Basel-Stadt, bestätigt, dass die Integration vielerorts eine anhaltend grosse Herausforderung ist – und es auch bleiben dürfte. Die Behörden seien bereit, die Time-out-Forderung mit dem kantonalen Lehrerverband und weiteren Fachstellen vertieft zu prüfen. «Wir befürworten jedoch keine flächendeckenden, sondern schulbezogene Angebote. Nicht jeder Standort hat die gleichen Bedürfnisse.» Ähnlich klingt es in Bern. «Eine flächendeckende Lösung wäre für unseren heterogenen Kanton kein zielführender Weg», sagt Erwin Sommer, Leiter des kantonalen Volksschulamts.

Auf Skepsis stösst die Forderung auch bei Experten für den Umgang mit Verhaltensauffälligen. «Es besteht die Gefahr, dass jede Störung an die Schulinsel delegiert und aus dem Unterricht verdrängt wird. Diese Separation schwächt die Beziehung zur Klassenlehrperson und die schulische Integration langfristige», sagt Thomas Lustig, Dozent an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik. Statt reaktiver Massnahmen sei es nachhaltiger, mithilfe der präventiven Arbeit der Heilpädagogogen im Schulzentrum Störungen abzufedern. Dafür bräuchte es allerdings zusätzliche Ressourcen, so Lustig.

«Die Schulinsel ist nur eine kurzfristige Massnahme. Ziel ist es, das Kind so rasch wie möglich wieder in die Klasse zu integrieren, in der Regel im Verlauf eines Halbtages oder schneller», sagt Barbara Schwarz, Vorsitzende der Pädagogischen Kommission des ZLV. Luchswiesen-Schulleiter Jäggl bestätigt das: «Die Schulinsel trägt letztlich zu einer besseren Integration bei, weil Konflikte früh entschärft werden.»

Nachrichten

**Mercosur-Kritiker formieren sich**

**Freihandel** Entwicklungs-, Konsumenten- und Tierschutzorganisationen sowie Bauernverbände formieren sich zu einer Mercosur-Koalition. Sie ist nicht per se gegen ein Freihandelsabkommen, fordert aber verbindliche Nachhaltigkeitskriterien inklusive Sanktionsmechanismen. Zur Koalition gehören: Swissaid, Alliance Sud, Schweizer Bauernverband, die Fédération romande des consommateurs, der Schweizer Tierschutz, Public Eye, Brot für alle und Uniterre. Die Koalition sage «Ja, aber», hiess es gestern. Die Einkaufspreise in den Mercosur-Staaten seien zwar sensationell tief, aber das Risiko hinsichtlich Konsumenten-, Umwelt- und Tierschutz «extrem hoch». (sda)

**SP will unabhängige Untersuchung**

**Villiger-Affäre** Die Luzerner SP will wissen, ob die Affäre um den Zuger Regierungsrat Beat Villiger (CVP) auch eine der Luzerner Staatsanwaltschaft sei. Sie fordert in einem dringlichen Postulat eine externe Untersuchung, damit aufgeklärt werden könne, ob Villiger von der Luzerner Strafverfolgungsbehörde beauftragt worden sei. Am 1. Oktober war Villiger in die Schlagzeilen geraten, weil er einer Frau ein Auto ausgeliehen hatte, obwohl diese keinen Fahrausweis besass. Ausserdem wurde gegen ihn wegen eines Kaufvertrages für das Auto der Vorwurf der Urkundenfälschung erhoben. Die Luzerner Staatsanwaltschaft hatte zwar ein Verfahren geführt, dieses jedoch eingestellt. (sda)